

Baden-Württemberg

Digitalisierungsstrategie für die Schulen

[07.12.2023] Das Land Baden-Württemberg hat eine Anpassung seiner Digitalisierungsstrategie für die öffentlichen Schulen beschlossen. In der Vorwoche war bereits eine Schulgesetzänderung erfolgt, um rechtliche Grundlagen für die Nutzung digitaler Verfahren zu schaffen.

Das Landeskabinett in Baden-Württemberg hat beschlossen, dass die bestehende Digitalisierungsstrategie für öffentliche Schulen im Geschäftsbereich des Kultusministeriums angepasst werden soll. Dies berichtet jetzt das Kultusministerium des Landes. Die Strategie beinhaltet Ziele und Maßnahmen in den vier zentralen Handlungsfeldern Infrastruktur und Ausstattung; Aus-, Fort- und Weiterbildung; Lernen und Lehren sowie Prozesse und Organisation.

Ein wichtiger Baustein ist die Digitale Bildungsplattform Schule@BW, an deren Aufbau Baden-Württemberg gemeinsam mit Rheinland-Pfalz arbeitet – eine entsprechende Kooperationsvereinbarung wurde im September geschlossen ([wir berichteten](#)). Schon jetzt werden einige Bausteine der modular aufgebauten Bildungsplattform genutzt – darunter die Lern-Management-Systeme Moodle und itslearning ([wir berichteten](#)), mit denen Unterricht digital unterstützt, geplant und durchgeführt werden kann. Neu dazu kommt nun der digitale Arbeitsplatz für Lehrkräfte. Damit erhalten erstmals alle Lehrkräfte eine dienstliche E-Mail-Adresse. Ziel ist es, im kommenden Jahr alle Bausteine auf einer Plattform zu bündeln. Die Pilotierung dafür war laut Ministeriumsangaben erfolgreich. Wenn alle Vertragsverhandlungen abgeschlossen seien, könne die Bildungsplattform bis zum Sommer 2024 in die Fläche gehen.

Rechtssicherheit für Schulen

Zeitgleich mit der technischen Ausstattung der Schulen und der Ausgestaltung von rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen müsse eine systematische digitalisierungsbezogene Schulentwicklung erfolgen, betonte Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Dabei soll auch Künstliche Intelligenz (KI) eine wichtige Rolle spielen. Das Kultusministerium setze sich dafür ein, dass KI-Anwendungen wie Chatbots oder Bildgeneratoren als Lerngegenstand im Unterricht behandelt und perspektivisch auch als Hilfsmittel für den Unterricht eingesetzt werden, so die Staatssekretärin im Kultusministerium, Sandra Boser.

Vergangene Woche hatte die Landesregierung mit der Schulgesetzänderung die rechtlichen Grundlagen geschaffen, um die Nutzung zeitgemäßer und sicherer digitaler Verfahren für Kommunikation, Information und Prozesssteuerung zu gewährleisten. Damit hätten die Schulen jetzt Rechtssicherheit bei der Nutzung der Digitalen Bildungsplattform und dem Einsatz digitaler Medien, Lehr- und Lernformen, so Boser.

(sib)

Das Strategiepapier „Digitalisierung an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg“ zum Download (PDF; 1,4 MB)

Weitere Informationen zur Bildungsplattform Schule@BW

Stichwörter: Schul-IT, Baden-Württemberg, Politik, Schule@BW